RM H. Müller erläutert zunächst die vorliegende Anfrage der SPD-Fraktion. Nach seiner Darstellung sei die Aussage in der Sitzungsvorlage, dass Anhänger für Einsatzfahrten im Regelfall nicht erforderlich seien, unzutreffend. Darüber hinaus sei der Vorschlag, zunächst das Ergebnis des Feuerwehrbedarfsplanes abzuwarten, unglücklich, da damit nach den Haushaltsberatungen zu rechnen sei, sodass für 2022 dann keine Mittel zur Verfügung stünden.

Zur Verwendung von Anhängern bei Einsätzen entgegnet StOAR Berghof, dass bewusst die Formulierung „im Regelfall“ verwendet wurde. Dies schließe ein abweichendes Vorgehen in besonderen Einzelfällen ausdrücklich nicht aus. Gleichwohl würde der Rettungssatz mit Blick auf die anstehenden Fahrzeugbeschaffungen zukünftig grundsätzlich auf den Löschfahrzeugen (HLF 10 oder HLF 20) verlastet sein. Bei den Ortswehren Accum und Schortens sei das schon heute der Fall.

Im Anschluss erörtert StOAR Berghof die rechtliche Situation anhand einer Präsentation. Er geht dabei auch auf die Erkenntnisse aus einem Arbeitstreffen der Ordnungsamtsleiter des Landkreises Friesland ein und schlägt im Ergebnis vor, im kommenden Jahr zunächst den bisherigen Zuschuss zum Führerschein für Feuerwehrkameraden von 1.700 Euro auf 2.500 Euro zu erhöhen und darüber hinaus pro Ortswehr je einen Führerschein p.a. zu fördern. Dies habe zur Folge, dass der Haushaltsansatz für 2022 um 4.100 Euro erhöht werden müsse.

Zur von RM H. Müller aufgeworfenen Frage bezüglich einer Beratung vor einer Entscheidung über den Haushalt des kommenden Jahres verweist StOAR Berghof auf den heutigen Tagesordnungspunkt zum vorliegenden Antrag. Unabhängig davon, ob man dem Vorschlag der Verwaltung folge, sei so eine rechtzeitige Behandlung vor den Haushaltsberatungen im Finanzausschuss am 16.12.2021 erfolgt.

RM Grimpe fragt nach, ob diese zusätzliche Summe dann auch in die Liste der Projekte aufgenommen werden müsse, die dann bei zukünftigen Haushalten einer Inflationsanpassung unterliegen.

StOAR Berghof verneint dies und führt dazu aus, dass es sich im haushaltsrechtlichen Sinne nicht um eine Investition handle und dieser Betrag daher dort nicht aufgeführt werde.

VA Klein ergänzt hinsichtlich des vorgestellten Vorschlages, dass die Entscheidung, ob zukünftig weiterhin eine Förderung der Fahrerlaubnis der Klasse C oder der kombinierten Ausbildung für die Klassen C und CE erfolgen sollte, vom Ergebnis der Feuerwehrbedarfsplanung abhängig gemacht werden solle.